



Einreichung e-Pe
petition An: ober
 Kopie: onlineredaktic

Von: epetition@dresden.de
 An: oberbuergemeister@
 Kopie: onlineredaktion@dres

2.16.3.21

Landeshauptstadt Dresden							
Oberbürgermeister							
OB	PR	BA	IS	Nr.		zK	
1	2	3	4	1145		zK	
5	6	7	80	17. März 2021		bRu	zSt
13	14	X				WV	zT
						AE f. OB	
						zA	
Beauftr. für				Termin:		Kopie an:	

E.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf www.dresden.de wurde die e-Petition mit dem Titel Dresden erarbeitet ein Programm gegen Obdachlosigkeit am 02.03.2021 für die Dauer von 2 Wochen veröffentlicht. In dieser Zeit haben 417 Unterstützer/-innen diese Petition mitgezeichnet.

Die Petition wird Ihnen hiermit zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Onlineredaktion

Inhalt der Petition

Potent:
 Gottwald
 Anschrift:
 Telefon:
 E-Mail:

Titel: Dresden erarbeitet ein Programm gegen Obdachlosigkeit

Text:

Obdachlosigkeit begegnet uns leider viel zu oft auch auf den Straßen Dresdens. Einfach nur wegschauen ist keine Option.

Jeder Mensch, der kein Zuhause hat, haust unter menschenunwürdigen Bedingungen. In unserem Grundgesetz steht im Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wir sind diesem Grundsatz verpflichtet. Eine Gesellschaft darf niemanden vergessen. Sie muss danach bewertet werden, wie sie mit den schwächsten Mitgliedern umgeht.

Jeder Mensch, der kein Zuhause hat, besitzt eine Geschichte. Es gibt kein Muster. Obdachlos werden Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen: Arbeitslosigkeit, Scheidung, Gewalt in der Familie... Es trifft Menschen mit einem geringen Bildungsabschluss genauso wie Menschen mit einem hohen, Deutsche wie Zugezogene.

Immer aber wirken gesellschaftliche Faktoren mit. Steigende Mieten, zu wenig Hilfe bei familiären Problemen, zu geringe Löhne, zu viel Bürokratie und zu hohe Hürden bei der Bewilligung von Hilfen. Auf der einen Seite gibt es, seit zum Teil Jahrzehnten, leerstehende Häuser, auf der anderen Seite fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Es werden neue Wohnungen gebaut, aber anstatt die Situation zu entspannen wird sie sogar kritischer, denn durch diese, für viele unbezahlbaren Wohnungen, erhöht sich der Mietpiegel. Kriminalisiert werden dann aber Menschen, die leerstehende Häuser besetzen, um sie der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, langfristig:

1. den prozentualen Anteil an sozialem Wohnraum, sowohl bei neu zu bauenden Wohnungen, als auch bei Bestandswohnungen an den Anteil der bedürftigen Dresdener Bevölkerung anzupassen,
2. den Anteil auch nach 15 Jahren nicht zu verändern, wenn die Situation in der Stadt unverändert ist,
3. keinen weiteren Verkauf städtischer Flächen zuzulassen,
4. mögliche Flächen zurückzukaufen,
5. Privateigentümer von Wohnraum zu verpflichten, sich um diesen zu kümmern, ihn bewohnbar zu halten bzw. ihn wieder in bewohnbaren Zustand zu versetzen,
6. bei Nichterhalt des privaten Wohneigentums die Eigentümer, im Interesse der Allgemeinheit, im schlimmsten Fall zu enteignen,
7. „Ghettoisierung“ zu vermeiden und sozialen Wohnraum dezentral in der Stadt zu verteilen,
8. Zwangsräumungen zu verhindern,
9. alternative Wohnprojekte und Initiativen (z.B. Mehrgenerationenwohnprojekte, Mietsyndikat) zu unterstützen,
10. weitere Trinkbrunnen in der Stadt (nicht nur im Zentrum) zu installieren,
11. das Housing-First-Prinzip in Dresden umzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig (Sofortmaßnahmen):

1. ungenutzte Container von früheren Erstaufnahmerichtungen umzunutzen, um dort Menschen ohne oder mit unzureichendem Wohnraum unterzubringen,
2. mehr Personal einzustellen in Einrichtungen, die hilfsbedürftigen Menschen helfen,
3. Dusch- und Waschmöglichkeiten kostenlos bereitzustellen, etwa in Schwimmhallen oder auch anderen öffentlichen Gebäuden,
4. Containern zu legalisieren,
5. ausreichend Anlaufstellen besonders in der kalten Jahreszeit zu schaffen, damit die Menschen sich menschenwürdig auch tagsüber dort aufhalten können,
6. psychologische Betreuung und ausreichende niederschwellige Wiedereingliederungsmöglichkeiten zu schaffen,
7. endlich den Duschbus einzuführen oder etwa Duschen an öffentlichen Waschräumen / Toiletten zu installieren,
8. im Rahmen der Beschlussfassung zum Bankkonzept für eine Stadtmöblierung zu sorgen, die auch den Bedürfnissen Wohnungsloser gerecht wird.

Liste der Mitzeichner
